

«Es geht um unsere Identität»

Einwohnerrat von gestern Montag: Beitrag von 100 000 Franken für den Erhalt des Schösslis mit 21:16 Stimmen bewilligt

Für die Mehrheit des Einwohnerrates ist das älteste Haus von Wohlen wertvoll und erhaltenswert. Deshalb beteiligt sich die Gemeinde mit 100 000 Franken am Erhalt des Schösslis. SVP und FDP stemmten sich gegen diesen Beitrag – aber nicht geschlossen.

Daniel Marti

Nach der Ortsbürgergemeinde zieht nun auch die Einwohnergemeinde nach. Der Einwohnerrat sprach sich mit 21:16 Stimmen für den Beitrag in der Höhe von 100 000 Franken für den Erhalt des Schösslis aus. Die GPK, Teile der FDP und fast die gesamte SVP stemmten sich gegen den Beitrag. Die Mehrheit des Rates folgte allerdings dem Gemeinderat. «Das Schössli hat eine lange Geschichte von über 500 Jahren, mit vielen Hoch und Tiefs», betonte Gemeinderat Ruedi Donat. Die jüngste Zeit sei jedoch «wenig erfreulich. Diverse Leute wollten es weg haben. Sogar drei Brandstifter mussten aber feststellen, dass dies nicht gelinget.»

«Saniertes Schössli ist für Wohlen eine gute Lösung»

Das älteste Haus von Wohlen «gehört zu unserer Geschichte», so Donat weiter. Zudem habe der Einwohnerrat der Unterschutzstellung des Gebäudes einstimmig zugestimmt, erinnerte Donat die Ratsmitglieder. Also gebe es nun «eine moralische Verpflichtung», einen Beitrag zur Rettung zu leisten. «Ein saniertes Schössli ist für Wohlen eine gute Lösung», sagte Donat.

Etwas anders wurde die Ausgangslage von der Geschäftsprüfungskommission beurteilt. Mit offenen Karten spielte dabei GPK-Sprecher Urs Stäger. Sein Votum sei persönlich gefärbt, erklärte er. Seit der Gemeindeversammlung der Ortsbürger ist ja bekannt, dass er gegen den Beitrag ist. Ein Teil der GPK vertrete die Meinung, dass die Gemeinde Wohlen eine «moralische Verpflichtung» habe, einen Beitrag fürs Schössli zu sprechen. Aber es sei bereits jetzt «sicher, dass das Schössli auch ohne die Gemeinde-Unterstützung saniert wird»,



Die Rettung ist nun ganz nahe: Die Einwohnergemeinde beteiligt sich mit 100 000 Franken am Erhalt des Schösslis.

Bilder: chh

behauptete Stäger. Er erinnerte daran, dass die Gemeinde Wohlen vor «gewaltigen Investitionen» steht. «Darum müssen wir genau hinschauen, wofür das Geld ausgegeben wird», so Stäger. Die GPK stellte sich mit 4:3 Stimmen gegen den Beitrag.

Für die SVP ist die Gemeinde der falsche Ansprechpartner

Es sei lobenswert, wenn alte Häuser renoviert werden, fand Roland Büchi für die SVP. Aber die Rettung des Schösslis sei eine private Angelegenheit. «Die Gemeinde ist hier der falsche Ansprechpartner», so Büchi. Zudem komme es bei den anstehenden Ausgaben für die Gemeinde «auf jeden Franken an». Weiter gebe es sicher noch Einsparmöglichkeiten beim Projekt. Die Volkspartei war grossmehrheitlich gegen den Beitrag.

Annalise Steiner scherte bei der SVP aus. Man könne den Betrag bei der Badi-Sanierung wieder einsparen, so Steiner, «aber das historische Haus müssen wir behalten».

Ähnlich präsentierte sich die Situation bei der FDP. Während ihr Fraktionssprecher Thomas Geissmann gegen den Beitrag referierte, gab es mit Samuel Keller und Armin Geissmann zwei Befürworter bei den Freisinnigen, die sich zu Wort meldeten. «Es stecken grosse Anstrengungen in diesem attraktiven Projekt», gab Thomas Geissmann zu. «Aber die Gemeindefinanzen stehen schlecht da. Grosse Investitionsprojekte stehen vor uns.» Deshalb sei eine Mehrheit der FDP der Meinung, «dass die Einwohnergemeinde diesen Beitrag nicht leisten darf». Das Projekt müsse auf privater Basis abgeschlossen werden. Dem widersprach der FDP-Präsident

höchstpersönlich, «Es geht hier um unsere Wurzeln, um unsere Identität», sagte Samuel Keller. Ein Nein zum Beitrag wäre daher pure Hämie. «Wer keine Wurzeln hat, ist heimatlos», gab Keller zu bedenken.

Die Tradition ist wichtig

Man dürfe doch nicht die gleichen Fehler machen wie damals beim Abbruch des alten Gemeindehauses, erklärte Armin Geissmann. «Wir müssen die Tradition erhalten. Darum müssen Einwohnerrat und Gemeinde Verantwortung übernehmen.»

Nur wenig Widerstand gab es bei der CVP. «Es gibt viele gute Gründe, den Beitrag zu bewilligen», erklärte Meinrad Meyer für die CVP-Fraktion. Ein ausgezeichnetes Konzept sichere die Nutzung. «Zudem sind in den vergangenen Jahren viele historische

Bauten in Wohlen abgerissen worden.» Meyer erklärte zudem, dass die «fehlenden Finanzen der Gemeinde und die hässliche Garageneinfahrt bei der Nachbarschaft» die Zustimmung keineswegs erleichtern. «Hier handelt es sich um ein Projekt für alle», urteilte dagegen Julia Frischknecht für die Grünliberalen/EVP. Der Erhalt des ältesten Hauses von Wohlen sei eine «lobenswerte Sache».

Pro Einwohner 6,40 Franken

Gemäss SP könnte die Gemeinde mit dem Beitrag von 100 000 Franken ein Zeichen setzen. Cyrille Meier relativierte diese Summe. «Pro Einwohner macht das 6,40 Franken. Dafür bekommt Wohlen nicht nur ein offenes Kulturhaus, sondern auch «ein überzeugendes Konzept». Die Gemeinde bekomme für dieses Geld «sehr viel», bestätigte auch Thomas Burkard (Grüne). Es sei beschämend, dass beispielsweise die Kunstausstellungen nach wie vor im Gemeindehaus stattfinden müssen. «Die Gemeinde wird massiv vom sanierten Schössli profitieren», so Burkard.

Magdalena Küng sprach für die Grünen von einem «einzigartigen Kulturobjekt». Es wäre inkonsequent, wenn der Rat das Schössli unter Substanzschutz stellt, dann aber dem Betrag für den Erhalt nicht zustimmt. Weiter nannte sie es ein «Arbeitszeugnis, wenn die Gemeinde nichts in ihre Geschichte investieren will». Ähnlich wie Küng beurteilte Harry Lütolf (CVP) die Situation. «Wenn wir uns für den Substanzschutz aussprechen, dann müssen wir auch diesen Beitrag bewilligen», so Lütolf. «Das ist jetzt die Nagelprobe, die Gemeinde kann sich nicht einfach aus der Verantwortung stellen.»

Der Einwohnerrat hat Verantwortung übernommen – ganz zur Freude von Fabian Furter, Präsident des Vereins Schössli. Das Projekt, das Schössli zu sanieren und in ein offenes Kulturhaus zu verwandeln, sieht Kosten von 900 000 Franken vor. Nun ist der Verein bei zugesagten Beiträgen in der Höhe von 730 000 Franken angelangt. Dies eröffnet beste Perspektiven. Mit Furter freute sich Gemeinderat Ruedi Donat. «Im Verein Schössli sind viele Leute, die sich mit Herzblut für eine gute Sache einsetzen», betonte Donat.

Grüngutabfuhr privatisieren?

Die CVP hat eine Motion eingereicht, welche eine Privatisierung der Grüngutabfuhr zum Ziel hat. Durch eine Privatisierung fallen für die Gemeinde die Kosten für die Entsorgung weg, das eingesparte Geld soll für die Reduktion des Steuerfusses genutzt werden. Eine Gemeinde, so die Begründung, müsse die Entsorgung nicht selber vornehmen, sie könne die Aufgabe auch anderen übergeben. Die Privatisierung könnte zudem den positiven Effekt haben, dass mehr selber kompostiert wird. Ein ausführlicher Bericht zu dieser Motion folgt in der Freitagausgabe. --chh

Die Beschlüsse

Der Einwohnerrat fällte gestern Abend folgende Beschlüsse: Erhalt und Umbau «Schössli» – Beitrag der Einwohnergemeinde von 100 000 Franken zugestimmt mit 21 Ja zu 16 Nein bei einer Enthaltung. – Verpflichtungskredit für Erneuerung Kanalisationsleitung und Sanierung Schützenmattweg: einstimmig zugestimmt. – Anfrage betreffend Nichtberücksichtigung des Koordinationsabzuges bei Löhnen des Gemeindepersonals: Antwortes liegen schriftlich vor, Diskussion verlangt und mit 34:2 genehmigt. Diskussion geführt. – Motion auf Anwendung des Koordinationsabzuges/Personalvorsorge Gemeindepersonal: Motion in Postulat umgewandelt, nicht überwiesen mit 17 Ja zu 19 Nein.

Es bleibt so, wie es ist

Palament lehnt Postulat bezüglich Personalvorsorge ab

Zwar war die SVP am Schluss einer langen Diskussion bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, doch auch davon wollte die Mehrheit nichts wissen. Somit verzichtet die Gemeinde weiterhin auf einen Koordinationsabzug.

Eine Ratsdebatte sollte eigentlich zur Meinungsbildung beitragen und alle offenen Fragen klären. Bei der Diskussion um das Für und Wider eines Koordinationsabzuges hatte sie aber genau die gegenteilige Wirkung. Am Schluss war die Ratlosigkeit bei vielen Politikern noch grösser als zuvor. Klar war nur eines: Die Personalvorsorge ist ein kompliziertes Gebilde, bei dem viele Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Die SVP verlangte in ihrer Motion, dass die Gemeinde bei den Löhnen der Mitarbeiter einen Koordinationsabzug vornehme. «So, wie es bei den meisten Arbeitnehmern der Fall ist. Somit schaffen wir Fairness», begründete Marco Palmieri den Vorstoss. Vizeamann Paul Huwiler warnte: Man habe mit dem Wechsel zur Profond-Pensionskasse viel Geld gespart, doch in dem Vertrag sei eben kein Koordinationsabzug enthalten gewesen. Dies jetzt zu ändern sei nicht einfach, da die Mitarbeiter einem Wechsel zustimmen müssen. Der Koordinationsabzug benachteilige zudem Personen in Teilpensen, da



Die Mitarbeiter der Verwaltung sind weiter vom Koordinationsabzug befreit.

diese zum Teil nicht mehr den notwendigen Minimallohn erreichen und aus der Pensionskasse rausfallen. Nicht zuletzt zweifelt Huwiler auch die Zuständigkeit des Parlaments an. Laut Gesetz sei der Gemeinderat für Versicherungen zuständig.

Falsches Signal gegenüber dem Personal

Neben der SVP sprach sich nur die FDP für eine Überweisung aus. «Wenn so viele Fragezeichen bestehen, dann sollte man die Sache genauer prüfen», begründete Armin Geissmann die Haltung. Das sahen

die anderen Parteien anders. Für Corinne Manimanakis handelt es sich gar um eine «schädliche Motion», die gegenüber dem Personal ein falsches Signal aussendet. Auch für Barbara Gsell (GLP/EVP) ist wichtig, dass die Mitarbeiter nicht schlechter gestellt werden. «Um entscheiden zu können, müssten wir eigentlich alle Details kennen», fügte sie an.

«Wichtigeres zu tun»

Thomas Burkard (Grüne) erinnerte daran, dass das Personal seit Jahren keine Lohnerhöhung mehr erhalten habe. Da gehe es nicht an, dass es nun auch schlechter versichert sei. Das gleiche Argument fügte auch Meinrad Meyer (CVP) an. Er zweifelt zudem daran, dass sich der Aufwand für die Gemeinde lohnt, «und wir haben jetzt Wichtigeres zu tun.» Auch Simon Sax (GLP), der beruflich mit Pensionskassen zu tun hat, war gegen eine Überweisung. «Ein Vertrag mit einer Pensionskasse enthält immer die verschiedensten Elemente, vermutlich resultiert am Schluss ein Nullsummenspiel.» Und er warnte die FDP: Viele Fragezeichen seien noch lange kein Grund, jetzt einfach Ja zu sagen.

Zwar war die SVP am Schluss bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, aber auch dieses wollte der Gemeinderat nicht entgegen nehmen. Und er bekam Unterstützung von einer knappen Mehrheit. Mit 19:17 sagte der Rat Nein. --chh

Notwendigkeit unbestritten

Die Gemeinde kann diesen Sommer die Kanalisationsleitungen im Schützenmattweg sanieren und teilweise erweitern und gleichzeitig auch noch die Strasse sanieren. Der Einwohnerrat bewilligte gestern Abend die zwei dafür notwendigen Kredite: 570 000 Franken kostet die Kanalisation, dieser Betrag wird über die Abwasserkasse finanziert. 375 000 Franken sind für die Arbeiten an der Strasse notwendig.

Obwohl es um fast eine Million Franken ging, war das Geschäft im Parlament unbestritten, die Zustimmung erfolgte einstimmig. Für Gemeinderat Arsène Perroud handelt es sich beim Unterhalt für Leitungen und Strassen um eine «Daueraufgabe». Die Sanierung an diesem Ort sei dringend, weil Schmutzwasser ins Grundwasser eindringen könne. Aber auch die Strasse befinde sich in einem schlechten Zustand, «das kann jeder sehen, der hier durchfährt», bestätigte Sebastian Berns von der Fraktion GLP/EVP. Als Baufachmann warnte er zudem vor einer Verschiebung der Arbeiten, sonst könne es passieren, dass zusätzlich auch das Fundament beschädigt werde, «und dann wird es noch teuer».

Auch die anderen Parteien signalisierten Zustimmung, auch wenn sich die SVP wundert, dass man so lange braucht um zu merken, dass Schmutzwasser ins Grundwasser geraten kann. Für Alex Stirnemann von der SP gibt es keinen Grund für eine Ablehnung, und auch für Mika Heinsalo (FDP/Dorfteil Anglikon) ist die Notwendigkeit unbestritten, «also packen wir es an.» --chh